

Pressemitteilung

Die Linke

Der Kreisvorstand

Postfach 1197

53542 Linz

04.12.2012

SWN werden zu Geldeintreibern der Bundesregierung

Zu der gestern bekannt gewordenen Beteiligung der Stadtwerke Neuwied (SWN) an einer Sammelklage gegen die einseitige Belastung der KleinverbraucherInnen nach dem Erneuerbaren Energien-Gesetz und dem Energiewirtschaftsgesetz erklärt Jochen Bülow, Kreisvorsitzender:

„Es ist begrüßenswert, dass sich die Stadtwerke in Neuwied an der kommunalen Sammelklage in Düsseldorf beteiligen und damit ihre Pflicht gegenüber den kleinen Endverbrauchern wahrnehmen. Die Klagebegründung ist zutreffend, weil die in Düsseldorf klagenden Stadtwerke darin unterstreichen, dass aufgrund der Begünstigungspolitik der schwarz-gelben Bundesregierung in Berlin die Endverbraucher in den Privathaushalten zugunsten viel zu vieler „stromintensiver“ und gewinnorientierter privater Gewerbebetriebe belastet werden. Statt jahrzehntelanger Freibriefe zur weiteren Energieverschwendung müssten solche Unternehmen über stärker

degressive Regelungen zum Energiesparen gezwungen werden und der Kreis der begünstigten Unternehmen schon jetzt verkleinert werden: Golfplätze und Kükenfabriken sind dabei nicht zu berücksichtigen.

Vor allem die Endverbraucher zur Kasse zu bitten, beschädigt die Akzeptanz der notwendigen Energiewende. Und es wird, nach der jahrzehntelangen Erpressung durch die Monopolstrukturen der Energiegiganten erneut daran gearbeitet, statt einer dezentralen, bürgernahen und öffentlich-rechtlich oder genossenschaftlich strukturierten Erzeugerlandschaft, schon wieder die Großkonzerne ins Geschäft zu bringen: Damit wird eine Ausgangslage geschaffen, die Stadtwerken das Wasser abgräbt und die Preismacht der Großherzeuger zementiert. Das kann weder im Interesse der Verbraucher noch im Interesse einer sicheren und bezahlbaren Energieversorgung sein. DIE LINKE unterstützt deshalb die SWN bei ihrem Versuch, sich mit anderen Stadtwerken gegen diese milliardenschwere und gleichzeitig die Energiewende gefährdende Politik der Bundesregierung zur Wehr zu setzen.

Kontakt: Jochen Bülow,
mobil 0170 / 903 3270